

ZEITZEICHEN

Willkommen



Dietrich Eickmeier
über Rechte für mehr Kinder

Man mag es kaum glauben, aber es gibt noch gute Nachrichten. Das Begriffspaar „Geburtenrate“ und „niedrig“ hat nach langen Jahrzehnten einseitig ausgedient. In den vergangenen fünf Jahren hat sich der Trend gedreht, besonders der Anstieg auf 738.000 neue Bürger im Vorjahr hat das deutlich gemacht: So viele Kinder wurden hierzulande zuletzt vor 35 Jahren geboren.

Daran haben vor allem junge Familien, die aus Ost- und Südosteuropa, von Polen bis Rumänien, der Arbeit wegen zu uns gekommen sind, ihren Anteil. Aber auch die Deutschen haben laut Statistischem Bundesamt die Liebe zum Kind wieder entdeckt, weil die in den 90er-Jahren eingeleiteten familienpolitischen Maßnahmen nun wirken: Das Elterngeld und die Steigerung der Kita-Plätze haben beim Ja zum Kind geholfen, vor allem in der Gruppe der jungen Akademikerinnen.

Das ist noch kein Kindersegen, weil immer noch Plätze für die Betreuung der ganz Kleinen fehlen, aber ein Wandel im Bewusstsein – man ist wieder stolz auf Kinder, die wieder als Bereicherung und weniger als Hindernis bei Selbstverwirklichung und Karriere gelten. Und so werden wohl, hat die Bertelsmann-Stiftung errechnet, auch die Schülerzahlen nicht mehr sinken, sondern bis 2025 um eine Million ansteigen. Es ist also höchste Zeit, dass die Bundesländer sich wieder um die Ausbildung junger Lehrer kümmern.

Und noch eine gute Nachricht für ein kinderfreundlicheres Land: Die Union, die in der Familienpolitik bis zur Jahrtausendwende nach der Adenauer-Maxime („Kinder kriegen die Leute immer“) weitgehend durch Untätigkeit auffiel, hat in ihr Wahlprogramm aufgenommen, was sie der SPD vor vier Jahren verweigert hatte: die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Das ist umso überraschender, als Angela Merkel und die CDU noch im März einen entsprechenden Vorstoß der rot-grünen NRW-Landesregierung im Bundesrat blockiert hat. Nun hat die Dauerkanzlerin, wie schon so oft, in aller Stille und ohne Diskussion in eigenen Reihen offenbar einen Gesinnungswandel vollzogen.

Das wäre erfreulich: Kinderrechte mit Verfassungsrang sind keine Kosmetik, sie werden vielmehr einen grundlegenden Wandel im Umgang von Behörden mit Kindern sowie in der Rechtsprechung bewirken. Denn die Überbetonung des Elternrechts durch das Bundesverfassungsgericht, das immer wieder Entscheidungen von Familienrichtern kassierte, die Kinder aus schlimmen Verhältnissen befreien wollten, hat dann ein Ende. Dann geht es zuallererst um das Kindeswohl. Und das ist gut so. Dann ist hoffentlich auch Schluss mit der seelenlosen Praxis von Ämtern oder Botschaftspersonal, einem minderjährigen Kind die Erneuerung des abgelaufenen Kinderpasses mit der Begründung zu verweigern, es fehle ja die Unterschrift des – nachweislich unauffindbaren – Vaters. Und so das Kind faktisch so lange unter Hausarrest stellen, bis nach einem aufwändigen Gerichtsverfahren das Sorgerecht geändert wird.

politik@weser-kurier.de

KURIER AM SONNTAG

unabhängig und überparteilich
siebte Ausgabe Ihrer Tageszeitung

VERLAG UND DRUCK:
Bremer Tageszeitungen AG
Briefanschrift: 28189 Bremen
Hausanschrift: Martinistraße 43, 28195 Bremen.

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Für den Anteilteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die Zustellung der Sonntagsausgabe erfolgt im Rahmen des Zeitungsabonnements. Bei Zustellung per Post erfolgt die Lieferung zusammen mit der nächsten Werktagausgabe. Abonnementskündigung ist nur schriftlich bis zum 15. eines Monats zum Monatsende möglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Streik oder höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Anzeigenpreis und -bedingungen nach Preisliste Nr. 71. Keine Gewähr für fernmündlich aufgebene Anzeigen. Gerichtsstand Bremen.

Verlag Telefon: 04 21 / 36 71 0
Telefax: 04 21 / 36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

Anzeigenannahme Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Kleinanzeigen Telefax: 04 21 / 36 71 10 10
Anzeigen Telefax: 04 21 / 36 71 11 00
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de

Abonnenten-Service Telefon: 04 21 / 36 71 66 77
(9 bis 12 Uhr) Telefax: 04 21 / 36 71 10 20

Nachliefer-Service Telefon: 0800 / 36 71 222*
(8 bis 11 Uhr) (*Kostenlos aus dem Festnetz)

E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de



Til Mette exklusiv für den KURIER AM SONNTAG

Vierkampf um Platz drei



Norbert Holst
über kleinere Parteien

Klein, aber wehrhaft. Linke, Grüne, FDP und AfD mischen munter mit im Bundestagswahlkampf. Die Umfragen sehen die vier Parteien bei rund acht, neun Prozent liegen. Im Vergleich zum Frühjahr sogar jeweils mit Trend nach oben. Der spannende Kampf um Platz drei hinter CDU/CSU und SPD ist entbrannt. Dabei geht es nicht nur um Sitze. Im Falle einer Neuaufgabe der Großen Koalition geht es auch darum, welche Fraktion künftig den Oppositionsführer im Bundestag stellt.

Die Standhaftigkeit der kleineren, in Bundes- oder Landtagen vertretenen Parteien ist überraschend. Zu Jahresbeginn, als der frisch gekürte SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz einen regelrechten Hype auslöste, war in den Parteizentralen der Kleinen durchaus Nervosität zu spüren. Denn eine alte Regel besagt: Wenn der Kampf um das Kanzleramt sich spannungsgeladene zuspitzt, haben die Underdogs Probleme, mit ihren Ideen und Forderungen überhaupt noch durchzudringen. Die Nervosität hat sich gelegt: CDU und CSU haben den mehr als zehnpromtigen Sicherheitsabstand zur SPD wieder hergestellt, Kanzlerin Angela Merkel ist gegenwärtig die heiße Favoritin im Rennen gegen Schulz.

Momentan kommt den kleineren Parteien auch die politische Großwetterlage zupass. In der Dieselaffäre sehen Union und SPD nicht sonderlich gut aus. Merkel ist seit vielen Jahren die Schutzpatronin der deutschen Automobilindustrie, insbesondere wenn es um umweltpolitische Vorstöße aus Brüssel

geht. Auch Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Stephan Weil hat die Unterwürfigkeit gegenüber der Auto-lobby demonstriert, als er eine Landtagsrede zwecks Abstimmung vorab in die VW-Cheftage schickte.

Dieselaffäre und Eierskandal sind naturgemäß eine Steilvorlage für die Grünen. Die Keimzelle der Partei ist nun einmal der Umwelt- und Verbraucherschutz, an die manch Wähler durch aktuelle Geschehnisse wieder erinnert wird. Die Linke gilt als Antikriegspartei schlechthin und profitiert von der geopolitischen Zuspitzung. Wenn die USA und Nordkorea mit den Säbeln raseln, dann schlägt die Stunde der

folgschaft fanden laut Umfragen die Forderung berechtigt.

Mit solch einer provokativen Forderung vorzupreschen, ist Chance und Risiko zugleich für kleinere Parteien. Im Falle von Lindner ist die Rechnung aufgegangen. In der AfD wird die Provokation sogar als Wahlstrategie empfohlen, wie aus einem Papier aus dem Dezember hervorgeht. Etwa die von Parteizeuge Gauland zugespielte Frage, ob deutsche Bürger den farbigen Fußball-Nationalspieler Jérôme Boateng zum Nachbarn haben möchten.

Dreiste Provokationen oder kecke Ideen können aber auch nach hinten losgehen. Das mussten die Grünen im Bundestagswahlkampf 2013 erleben. Die Forderungen nach Veggie Day und Vermögensteuer ließen die Ökopartei auf enttäuschende 8,4 Prozent der Stimmen stürzen – im Kampf um Platz drei musste sie die Linke knapp vorbeiziehen lassen.

Enorm wichtig für die kleineren Parteien ist ein Alleinstellungsmerkmal. Die Grünen hatten es jahrelang mit der Forderung nach dem sofortigen Aus für die Atomkraft. Unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) konnten sie immerhin einen zeitlich gespreizten Ausstieg durchsetzen. Es war nicht zu ihrem Nachteil. „Mehr Netto vom Brutto“, so lautete die Steuersenkungsformel der FDP unter Guido Westerwelle im Wahlkampf 2009. Dieses Alleinstellungsmerkmal kam beim Wähler an, die Liberalen erzielten sensationelle 14,6 Prozent. Doch in der schwarz-gelben Regierungszeit konnte die FDP das Versprechen nicht halten. Viele Wähler fühlten sich betrogen, die Liberalen stürzten in die größte Krise ihrer Geschichte. Ein Lehrstück für die Kleineren: Glanz und Elend liegen gefährlich nah beieinander.

norbert.holst@weser-kurier.de

Glanz und Elend kleinerer Parteien liegen sehr nah beieinander.

Pazifisten in der Partei. Auch die AfD verspürt einen leichten Aufwind: Spitzenkandidat Alexander Gauland und seine Truppe finden wieder mehr Beachtung, seitdem sich die Flüchtlingskrise erneut zuspitzt. Die FDP punktet bislang vor allem mit einem peppigen Wahlkampf: farbenfrohe Plakate und freche Slogans.

Ihr Parteichef Christian Lindner hat am vergangenen Wochenende auch inhaltlich vorgelegt. Er forderte, die Besetzung der Krim als „dauerhaftes Provisorium“ anzuerkennen und mittelfristig die Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu lockern. Der Liberale erntete mit seinem Vorstoß einen Sturm der Entrüstung. Aber wahlstrategisch liegt er nicht falsch: Die eigenen Anhänger, aber auch Teile der AfD-Ge-

Bremen in Wort und Strich



...oder wie Til Mette die Stadt sieht, heißt das neue Buch des WESER-KURIER. Der Anlass: Vor zehn Jahren hat Mette das erste Mal für uns gezeichnet. Die besten 100 Karikaturen haben wir ausgewählt, Ex-WK-Redakteur Wigbert Gerling hat sie mit kurzen Texten versehen. Zu haben in allen unseren Geschäftsstellen,

in Buchhandlungen (ISBN 978-3-938795-57-6), unter www.weser-kurier.de/shop und telefonisch unter 04 21 / 36 71 66 16. 192 Seiten, 14,90 Euro.

Corriere della Sera

Die italienische Tageszeitung über die Spannungen zwischen Nordkorea und den USA: „Für Pjongjang ist es ein Leichtes, und sei es mit konventionellen Waffen, Südkorea und Japan anzugreifen. Es ist klar, dass jede Aktion, so begrenzt sie auch sein mag, unkontrollierte Kettenreaktionen auslösen kann. Sollte (Staatschef) Kim seine Raketen abschießen, können die USA sie abfangen? Wenn das Raketenystem, das noch nie ausprobiert wurde, Lücken aufweist, wäre das eine Katastrophe.“

Der Standard

Die österreichische Zeitung über die Spannungen zwischen Nordkorea und den USA: „Es handelt sich nicht nur um einen verbalen Schlagabtausch zweier Egomane, die damit Eindruck schinden wollen, sondern um ein militärisches Säbelrasseln in einer Region, in der in den vergangenen Jahrzehnten oft mühsam die Balance gewahrt worden ist. Davon hing aber das politische und militärische Gleichgewicht in der östlichen Hemisphäre ab.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

Wenn Giganten scheitern

Jahren in ihrer Wachstumskritik darauf hingewiesen, dass es so etwas wie eine kritische Größe von Institutionen gibt. „Die Vergötterung der Größe, von der ich sprach, ist möglicherweise eine der Ursachen und schließlich eine der Auswirkungen der modernen Technik“ (Schumacher). „Small is beautiful“ war ein Schlagwort, das um die Welt ging. Als das Bankensystem im Jahre 2008 weltweit kollabierte, hatte man diesen Slogan bereits vergessen. Nun hieß es: „Too big to fail“. Man kann die Größen nicht fallen lassen, da sonst alles in Gefahr ist. Der Staat half paradoxerweise deswegen nicht den Kleinen, sondern den Betuchten.

Als im Jahre 1998 der Bremer Vulkan in Konkurs ging, wurde eine Unzahl von Gründen angeführt: Missmanagement und Konkurrenz aus Fernost. An die optimale Betriebsgröße dachte niemand. Hatte doch der Vulkan über 200 Betriebe

aus allen möglichen Sparten in seiner Endphase dazu gekauft.

Nun ist natürlich alles relativ. Betrachtet man die westlichen Giganten der Kommunikationswelt wie Amazon, Google und Apple mit ihrer imperialen Ausdehnung, sind die deutschen Konzerne kleine Fische einer überkommenen Industriestruktur. Auch sie stoßen bald an ihre kritische Größe. Schon jetzt sind sie in der Kritik, in ihrer Monopolstellung und ihrer Steuervermeidungsstrategie. Auch die Informationsüberflutung kann ins Gegenteil umschlagen. Auf die Kartellbehörden kommen weltweit große Aufgaben zu, wenn sie die Giganten entflechten wollen. Dazu brauchen sie nachvollziehbare Kriterien: optimale Betriebsgrößen für Industrie und Handel. In der Landwirtschaft wird die Massentierhaltung seit Jahren kritisiert. Hier sind wir durch die Lebensmittelskandale wachgerüttelt.

Small is possible müsste wieder die Devise lauten. Denn Demokratie braucht überschaubare Einheiten. Fehler und Missstände sind bei einer örtlichen Begrenzung schneller zu beseitigen. Es ist ja der Geschmack, der uns beim Essen reizt, und nicht die Menge. Qualität aber wächst nicht mit der Größe.



Unser Gastautor
ist Privatdozent an der Universität Oldenburg in Ökonomie und Wirtschaftspädagogik.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.